

Er scheint
an allen Werktagen.

Bezugspreis monatlich 3,50
bei der Geschäftsstelle 3,50
in den Ausgabestellen 3,70
durch Zeitungsboten 3,80
durch die Post 3,50
auschl. Postgebühren.
ins Ausland 6 Goldmark bei
täglicher Versendung und 5
Goldmark bei 2 mal wöchent-
licher Versendung.

Fernsprecher 6105, 6275.
Tel.-Adr.: Tageblatt Polen.

Posener Tageblatt

(Polener Warte)

Postfachkonto für Polen
Nr. 200 283 in Polen.

mit illustrierter Beilage: „Die Zeit im Bild“.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieser
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Postfachkonto für Deutschland
Nr. 6184 in Breslau.

Anzeigenpreis: Pettizeile (38 mm breit) 45 Gr.
für die Millimeterzeile im
Reklameteil 45 Groschen.
Sonderplatz 50% mehr. Reklamepettizeile (90 mm breit) 135 gr.



Polen und das Baltikum.

(Von unserem Warschauer Berichterstatter.)

Warschau, 17. März 1926.

Vor einigen Tagen ist der hiesige finnische Gesandte, Professor Ehrström in den Ruhestand getreten. Seine Abberufung ist ganz unverhofft für ihn erfolgt. Er hatte sich gerade Möbel kommen lassen, um sich endlich häuslich einzurichten, als er die böse Nachricht erhielt. Ehrström war persöhnlich ein äußerst liebenswürdiger und dazu ungewöhnlich gebildeter Mann. Politisch fühlte er sich fast mehr als Franzose, denn als Finne. Als er seine Verurteilung zum finnischen Gesandten erhielt (er wohnte in Paris), ging er sogar so weit, daß er den damaligen Ministerpräsidenten Poincaré um die Erlaubnis bat, den Polen annehmen zu dürfen! Die Sache hatte damals im finnischen Reichstag sehr unliebsames Aussehen erregt, und es ist recht charakteristisch für die damalige politische Einstellung der finnischen Regierung, daß Ehrström trotzdem auf seinem Posten verbleiben konnte. Als finnischer Gesandter in Warschau war Ehrström ganz und gar Agent der französischen Einkreisungspolitik. Sein Plan war es, einen Bund der Baltischen Staaten zustande zu bringen, und dann diesen Bund mit Polen zu vereinen. Auch der damalige Staatschef Pilsudski huldigte diesem Gedanken.

Während es den Franzosen vorwiegend, den Bund gegen Deutschland zu richten und somit im Nordosten das große Barrierenwerk gegen Deutschland zu schaffen, das im Süden und Südosten die kleine Entente im Bündnis mit Polen vollbringen sollte, hoffte Pilsudski aus dem Baltischen Bund ein Bollwerk gegen Rußland zu schaffen. Die Idee schien getrübt zu sein, als im Jahre 1922 der Warschauer Vertrag mit den Baltischen Staaten zustande kam. Aber gleich darauf erhielt sie ihren ersten, und wie man später sah, auch gleich tödlichen Stoß, als der finnische Reichstag sich weigerte, den Vertrag, der das größte Mißtrauen Rußlands hervorgerufen hatte, zu ratifizieren. Seitdem sind eine Reihe von Konferenzen in Helsingfors, Warschau und Riga abgehalten worden, um das Vertragswerk wieder zu beleben. Sie waren alle vergebens. Nur der finnische Gesandte in Warschau verzweifelte immer noch nicht an der Durchführbarkeit, und seine Berichte nach Helsingfors waren in diesem Sinne eingestellt. Seine plötzliche Abberufung — Ehrström lehrte als Privatmann wieder nach Paris zurück — zeigt nun den endgültigen und unwiderruflichen Tod der großen einst geplanten Idee der Verbindung des Baltischen Bundes mit Polen an.

In den letzten Tagen, während sich in Genf der Kampf Polens um einen ständigen Sitz im Völkerbundsrat abspielt, ist man in Polen wieder recht lebhaft, ohne daß dies eigentlich in der Presse zum Ausdruck kam, auf die Baltischen Staaten und vor allem auf Finnland aufmerksam geworden. Kann es doch für Polen nicht gleichgültig sein, in welchem Sinne diese Staaten in Genf ihre Stimme abgeben. Jedenfalls hat es recht ungünstig gewirkt, daß der Gedanke aufkam, Polen wolle sich im Völkerbund gewissermaßen als der Garant der Baltischen Staaten benehmen, worin im Grunde also wieder ein Anknüpfen an die alte Baltischenbündnisse zu finden wäre. Es war nicht sehr klug von Polen, in einer Mitteilung an die auswärtige Presse auf die Rolle hinzuweisen, die Polen im Osten zu spielen habe, um damit seinen Anspruch auf einen Ratssitz besser begründen zu können. Das alte Mißtrauen Rußlands ist auf einen Schlag wieder aufgewacht und hat zu einigen nicht uninteressanten Ergebnissen geführt. Das Revaler Blatt „Paawalehti“ veröffentlichte plötzlich die Nachricht, daß Finnland an der Baltischen Konferenz in Riga nicht teilnehmen würde. Die Nachricht wurde zwar sofort dementiert, aber in einer solchen vorläufigen Weise, daß das Dementi ohne Wirkung blieb. Der finnische Gesandte in Reval erklärte nämlich die Nachricht für falsch, da Finnland überhaupt eine Einladung noch nicht erhalten habe, also auch deshalb nicht habe ablehnen können. Was aber geschieht, falls die Einladung kommt, sagte er nicht. Der finnische Außenminister Ingman ging in einem Gespräch mit dem Korrespondenten desselben Blattes etwas weiter. Er schilderte die schwierige Lage Finnlands, das im Falle eines Konfliktes (es kann sich hierbei nur um einen Konflikt mit Rußland handeln) nicht auf die Hilfe der skandinavischen Staaten und auch nicht auf die der Großmächte rechnen könne. Aber, so fuhr der Minister nachdenklich fort, jede nähere Verbindung mit den baltischen Staaten, die sich in gleich unsicherer Lage befinden, würde die Gefahr eines Konfliktes nur erhöhen (eines Konfliktes mit Rußland). Daß tatsächlich ein Konflikt mit Rußland gemeint ist, rechnet der in außenpolitischen Dingen recht gut bewanderte „Nowy Kurjer Polski“ an der Hand eines Artikels der russischen „Jawestija“ recht eindrucksvoll heraus. In diesem Artikel wird Polen der Vorwurf gemacht, daß es auf eine unzureichende Politik mit jenem Bemühen um einen ständigen Sitz im Völkerbund nicht verzichten wolle. Der „Wiz“ Polens bestanden darin, daß es mit diesem Bestreben den Wunsch zu erkennen gebe, die Rolle eines Garanten des vereinigten Baltikums zu spielen und eine Art von Hegemonie (Vorherrschaft) im Osten erringen wolle. Man hoffe in Rußland, daß den Baltischen Staaten, diese polnischen Wünsche nicht allzusehr zuleiden werden. An die Adresse Polens wird direkt die Warnung

Vertrauensvotum für Briand.

Die Regierungserklärung. — 361 gegen 164 für das neue Kabinett. — Ruhe im Kabinett.

Wie die heutigen Morgendepeschen aus Paris melden, trat der Ministerpräsident Briand am gestrigen Donnerstag mit seinem neuen Kabinett vor die Kammer, um seine Programmrede zu halten. Die Sitzung begann nachmittags 4 Uhr. Briand verlas die Erklärung, in der er feststellte: daß das Budget nicht ausgearbeitet sei, aber noch vor den Parlamentsferien ausgearbeitet werden müsse. In außenpolitischen Fragen werde die Regierung den Weg der Vertragsabschlüsse mit den Nachbarländern weiter gehen. Die Regierung werde daran arbeiten, die Gegensätze auszugleichen und die europäischen Konflikte zu beseitigen. Während der Session des Völkerbundes in Genf sei es leider nicht gelungen, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, doch sei eine Einigung innerhalb der Mächte, die Locarno abgeschlossen haben, erfolgt.

Die Regierungserklärung wurde von der Kammer ruhig entgegengenommen. Als erster Redner der Opposition sprach M. Barne-Garab, der Briand scharf wegen der Aufnahme Malins in das Kabinett angriff. Nach dieser Rede sprach wieder Briand. Diese sofortige Antwort wurde von der Rechten mit Runderhebungen begleitet, so daß der Ministerpräsident wiederholt seine Ausführungen unterbrechen mußte. Briand war sehr erregt, und erst dem Zureden des Kammerpräsidenten Gerriest gelang es, den Ministerpräsidenten vom Verlassen des Saales abzuhalten. Hierauf sprach wiederum Barne-Garab, der weiterhin Malin angriff, da dieser vor den Staatsgerichtshof gehöre. Briand betonte wiederum andächtig, daß der Redner von Mißverständnissen befreit sei. Der Deputierte Barillet verkündet im Namen der ehemaligen Soldaten, daß Malin den Tod vieler Soldaten auf dem Gewissen habe. Malin erhebt sich, um etwas zu seiner Verteidigung zu sagen, er fällt jedoch ohnmächtig hin. Die Herren der Regierungsbank tragen ihn aus dem Saal. Die Sitzung wird unterbrochen; während der Pause kommt es zu erregten Debatten zwischen den Deputierten. Die Erregung wird so groß, daß die Parlamentarier einschreiten müssen, um Zusammenstöße zu verhindern.

Am Ende gegen 8 Uhr wurde die Debatte der Fraktionen beendet. Hierauf stellte Briand die Vertrauensfrage. Die Abstimmung ergab 361 Stimmen für die Regierung, 164 Stimmen waren dagegen.

Regierungstrife in der Tschechoslowakei.

Wie wir bereits vor drei Tagen zu melden Gelegenheit hatten, stand das Kabinett Svehla vor dem Rücktritt. „Krantheit“ war die Ursache. Inzwischen ist der Rücktritt erfolgt, und wie die deutsche Zeitung „Bohemia“ meldet, soll ein Beamtenkabinett an die Stelle der alten Regierung treten. Die Krise war verhältnismäßig schnell beigegeben. Wie die heutigen Morgendepeschen sagen, hat das neue Kabinett bereits die Zustimmung des Staatspräsidenten Masaryk erhalten. Das neue Kabinett soll wie folgt aussehen:

Ministerpräsident und Innenminister: Prof. Cserny,
Außenminister: Dr. Beneš,
Kulturminister: Prof. Krejmar,
Kriegsminister: Generalstabchef Šrovn,
Finanzminister: Dr. Engliš,
Landwirtschaftsminister: Dr. Slavič,
Postminister: Dr. Fiala,
Justizminister: Dr. Kašpár,
Arbeitsminister: Dr. Roulet,
Gesundheitsminister: Dr. Schickel,
Handelsminister: Dr. Pelouk,
Eisenbahnminister: Dr. Rila,
Slowakisches Ministerium: Dr. Pállay.

Die neue Regierung wird am 24. März vor das Parlament treten, um sich vorzustellen und das Programm bekannt zu geben. Ob eine starke Mehrheit hinter der neuen Regierung stehen wird, kann nicht ohne weiteres entschieden werden. Daß die Lage nicht leicht sein wird, ist im vorhin schon anzunehmen.

Der augenblickliche Wahnsinn.

Amerika nimmt Stellung.

London, 19. März. (A.) „Times“ berichten aus Washington: Der Hauptinhalt des Berichtes, den der amerikanische Botschafter in London, Goughon, dem Präsidenten Coolidge und dem Staatssekretär Kellogg über die Lage in Europa mit besonderer Berücksichtigung der Ereignisse und Tendenzen, die zu der Vertagung der Völkerbundversammlung führten, gemacht hat, ist der amerikanischen Presse jetzt bekannt gegeben worden. Die amerikanische Regierung und das amerikanische Volk seien bestürzt über das entworfen Bild. Goughon erklärte, die europäischen Staatsmänner hätten nichts vom Kriege gelernt. Der Völkerbund, weit davon entfernt, ein wirklich internationales Werkzeug für die Organisation des Friedens zu werden, sei auf dem Wege zu einer Wiederbelebung der Allianz vom Jahre 1815, ohne die Hoffnung auf Gewährleistung einer vierzigjährigen Ruhe in Europa zu bieten. Augenblicklich sei Frankreich der Führer, dem gewisse Arabantenstaaten Vorschub leisten, während die britische Regierung mitgezogen werde, weil das Zusammenwirken mit Frankreich im nahen Osten und anderswo von großem Wert sei. Die Mächte des europäischen Kontinents wünschten gar nicht wirklich abzurufen. Goughon kommt zu dem Schluß, daß keine Hoffnung auf Abrüstung bestehe, bevor

gerichtet, daß sein Verfahren nicht danach angetan sei, zu einer Verständigung mit Rußland zu führen.

Das offizielle Organ der Sowjets wird sogar, wie ein Telegramm der polnischen Telegraphenagentur meldet, noch deutlicher. Es sagt gerade heraus, daß die Bemühungen Polens um einen ständigen Sitz seinen wirtschaftlichen und politischen Annäherungsbestrebungen an Rußland schaden, dies seit Locarno begonnen habe. Man sieht also, daß Rußland nicht nur allein es höchst ungern sieht, wenn Polen sich einen Sitz im Völkerbund sichert, sondern daß es auch die Baltischen Staaten abschrecken will, Polen bei diesem Bestreben beihilflich zu sein. Der „Kurjer“ geht sogar so weit, daß er in der Haltung Rußlands den Grund dafür sieht, daß Finnland nicht wagt, an der Konferenz der Baltischen Staaten in Riga teilzunehmen.

der augenblickliche Wahnsinn vorüber sei und eine drohende Katastrophe eine Sinnesänderung hervorbrufe.

Entwaffnungskonferenz.

Paris, 19. März. (A.) Der amerikanische Gesandte in der Schweiz ist erneut beauftragt worden, bei der Sitzung der vorbereitenden Abrüstungskommission für die Entwaffnungskonferenz den Vorschlag zu machen, daß nach der Entwaffnungskonferenz des Völkerbundes eine Abrüstungskonferenz in Washington über diese Frage stattfinden.

Vertagung des Kongresses der internationalen Union der Völkerbundsvereinigungen.

Amsterdam, 19. März. (A.) Dem Genfer Korrespondenten des „Nieuwe Rotterdamse Courant“ zufolge soll in Verbindung mit der Auflösung von Deutschlands Eintritt in den Völkerbund der jährliche Kongress der internationalen Union der Völkerbundsvereinigungen in diesem Sommer nicht, wie zuerst angekündigt wurde, in Dresden abgehalten werden. Wahrscheinlich werde Haag oder Amsterdam als Konferenzort gewählt.

Der Kommunismus.

Paris, 19. März. (A.) Die Entscheidung der Radikalsocialisten des Seine-Departements, bei der am 28. März im Pariser Wahlbezirk stattfindenden Wahl die Kommunisten zu unterstützen, hat am Donnerstag in der radikalen Fraktion der Kammer zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Die Entscheidung der Kammergruppe wurde auf kommenden Dienstag vertagt. Der Führer der radikalen Gruppe der Kammer erklärte dem „Matin“, daß er bei der entscheidenden Verhandlung dafür eintreten werde, eine besondere Parole auszugeben und den Wählern selbst vollkommene Handlungsfreiheit zu lassen.

Namenstagsfeier für den Marschall Pilsudski.

Heute, Freitag, den 19. März, werden in Warschau große Kundgebungen zum Namenstag des ersten polnischen Marschalls, Josef Pilsudski, stattfinden. In der Oper wird eine Akademiefeier und ein Ball veranstaltet. Der Marschall der Schützenverbände (Legionen) aus Warschau wird sich zu einer Visite nach Sulejówsko begeben. Wie der „Przegląd Powszechny“ mitteilt, soll auch in Polen am 27. März eine Pilsudski-Feier stattfinden. Das Nähere soll noch durch die polnische Presse bekannt gegeben werden. Die Reichsblätter in Polen verschweigen diese Feier oder sie machen sich darüber lustig.

Ein Ultimatum an China.

Die fremden Mächte, die Seestreitkräfte in Tientsin unterhalten, haben heute der chinesischen Regierung und dem Kommandanten der Taku-Forts das folgende 48 stündige Ultimatum überreicht:

„Um die Rechte des internationalen Handels und besonders das Recht des freien Zuganges zur See von der Hauptstadt gemäß dem Peking-Protokoll zu wahren, fordern die Mächte: 1. daß alle Feindseligkeiten im Kanal von Taku-Barre bis Tientsin eingestellt werden; 2. daß alle Minen und andere Schiffsfahrtschindernisse beseitigt werden; 3. daß alle Seezeichen wieder in Ordnung gebracht und in Zukunft nicht mehr geändert werden; 4. daß alle kampfenden chinesischen Fahrzeuge außerhalb Taku-Barre bleiben und die ausländische Schifffahrt nicht stören; 5. daß alle Untersuchungen ausländischer Dampfer mit Ausnahme der Untersuchung durch die Seegolbbehörde aufhören. Wenn bis Donnerstag mittag keine befriedigende Antwort erfolgt, werden die Befehlshaber diejenigen Schritte unternehmen, die sie für nötig halten.“

Auf dem Fluß Peiho befinden sich zurzeit zwischen Tientsin und den Taku-Forts folgende Kriegsschiffe: das veraltete englische Panzerschiff „Carple“, ferner je ein amerikanisches, englisches, italienisches und französisches Kanonenboot, die dauernd auf dem Peiho stationiert sind. Außerdem hat Amerika aus Manila zwei Torpedoboote geschickt, und Japan hat ebenfalls seine Station um zwei Torpedoboote verstärkt. Einer Befriedigung durch diese Streitkräfte sind die Taku-Forts natürlich nicht gewachsen. Im Unterhause richtete heute MacDonal wegen des Ultimatus der Kriegsschiffkommandanten eine kleine Anfrage an Baldwin. Baldwin teilte mit, daß der Gesandte in Peking instruiert sei, keine Aktion zu unternehmen, ausgenommen in Gemeinschaft mit allen anderen Mächten. Die Regierung hätte ihn ferner informiert, daß bewaffnete Streitkräfte nur gebraucht werden dürften als letztes Hilfsmittel, die Sicherheit der Ausländer in den betroffenen Gebieten zu garantieren. Der britische Gesandte hätte den Empfang dieser Instruktionen bestätigt und sie den lokalen britischen Marinebehörden übermittelt. Ein konservativer Abgeordneter fragte, ob es nicht beabsichtigt sei, eine unmittelbare Aktion zum Schutz der britischen Interessen zu unternehmen. Baldwin erklärte, daß dies nicht der Fall sei.

Auf alle Fälle sieht es ganz danach aus, als ob Rußland jetzt schon irgend welchen Absichten Polens, im Völkerbund als „Vertreter des Ostens“ aufzutreten zu wollen, einen Riegel vorschieben wolle, und als ob es zu diesem Zwecke auch nicht davor zurückzuckere, auf die Baltischen Staaten einen leisen Druck auszuüben.

Aber, wie gesagt, alles spielt sich mehr oder weniger hinter den Kulissen ab, und auch der Arger Polens über dieses Eingreifen der Sowjets kommt nur ganz vereinzelt wie eben in dem „Nowy Kurjer Polski“ zum Ausdruck. Selbstverständlich aber macht man allein die Sowjets dafür verantwortlich, wenn das angestrebte gute Verhältnis zu Rußland wieder einer Abkühlung Platz macht — die übrigens, unter Umständen, ihre recht gefährliche Seite haben könnte.

Der Staatsanwalt und die Seelenliste.

Nach dem Raumann-Prozess — der Prozess Schent.

Man soll sich nur dann erinnern, daß Tschitscherin seine lebenswürdige Extratour mit Polen nur darum zu tanzen begann, weil er Deutschland vom Eintritt in den Völkerbund abschrecken wollte. Nun aber ist Rußland, wie aus der „Iswestija“ hervorgeht, der Ansicht, daß Polen eine für Rußland noch viel unangenehmere Rolle spielen würde, nämlich die eines „Vertreters des Ostens“, die selbstverständlich Rußland allein für sich selbst in Anspruch nimmt.

Afford der polnischen und deutschen Sozialisten.

Die Bestrebungen, zwischen den deutschen Sozialisten Polens und der polnischen sozialdemokratischen Partei eine Einigung zustande zu bringen, sind schon seit längerer Zeit im Gange. Im Warschauer Sejm werden die deutschen Sozialisten durch die beiden sehr intelligenten jungen Abgeordneten Kronig und Berbe vertreten, und auch im Oberschlesischen Sejm haben die deutschen Sozialisten Polens zwei Vertreter, die zwar dort ihre selbständige Gruppe bilden, in wichtigen Angelegenheiten aber mit der deutschen Gruppe gehen. Am letzten Sonntag hat nun die sozialistische Partei Polens einen sehr wesentlichen Beschluß gefaßt, der eventuell von großer Wirkung sein kann. Das wesentliche dieses Beschlusses besagt: Die Konferenz (der polnischen Sozialisten) beurteilt jeden Druck und jede Schikane, die gegen die deutschen Minderheiten und ihre legalen Organisationen in Polen gerichtet sind, vor allen Dingen in Oberschlesien, und sie fordert beide Parteien (die deutsche wie die polnische sozialistische Partei) auf, gemeinschaftlich und in Übereinstimmung jedes nationalen Auftretens aller Gruppen und Organisationen beider Völker zu bekämpfen. Beide Parteien verpflichten sich dann, jede gegenseitige Bekämpfung, sei es in der Presse, in Flugchriften oder im Sejm, zu unterlassen, und sowohl im Warschauer, wie auch im ober-schlesischen Sejm in allen Arbeiterangelegenheiten und in der Bekämpfung des Nationalismus gemeinschaftlich aufzutreten. Eine Versöhnungskommission soll ernannt werden, die etwa entstehende Unstimmigkeiten zwischen den beiden Parteien zu schlichten hat.

Dieser Schritt, der die erste Verbindung einer deutschen Gruppe mit einer polnischen Partei darstellt, ist selbstverständlich zu begrüßen. Wir verhehlen nicht, daß auch hier recht große Schwierigkeiten entstehen können. Es hat sich ja gezeigt, daß in Dingen, wie z. B. in Konflikten zwischen Danzig und Polen, sich beide sozialistische Parteien bemüht haben, die veröhnende Linie zu finden. Es wären aber recht gut Fälle denkbar, in denen sich das polnische Empfinden, das bei der polnischen sozialistischen Partei ja recht deutlich entwickelt ist, sich von dem der Deutschen stark unterscheidet. Sehr erfreulich ist es daher, daß in einer so peinlichen Angelegenheit, wie den Vorgängen in Oberschlesien, die polnische Partei von vornherein klar von dem Nationalismus der übrigen polnischen Parteien abtrifft. Eine andere Frage wird bei Wahlen entstehen, das heißt dann, wenn ein deutscher Kandidat einem polnischen Sozialisten gegenübersteht. Umgekehrt wären aber auch Wahlbündnisse möglich. Das offene Eintreten für die Minderheiten könnte im Sejm, wie bei Wahlen zu recht wesentlichen Ergebnissen führen. Dies zumal jetzt, wo die Juden, die dem Lande auch nicht die ersehnte Anleihe bringen konnten, und nun von der Regierung enttäuscht sind, nun drauf und dran sind, ihr unter Grabski abgeschlossenes Bündnis mit der Regierung wieder aufzugeben und sich der Opposition von neuem anzuschließen. Es ist recht leicht möglich, daß auch die Sozialisten gezwungen sind, in die Opposition zu gehen, wenn am 1. April der Finanzminister die Wiedereinführung des Steuerungsmultiplikators bei der Festsetzung der Beamtengehälter nicht vornimmt.

Die Berliner Presse und Genf.

„Vorwärts“: „Das Unglaubliche ist zum Ereignis geworden. Die Genfer Verhandlungen sind nach zehn Tagen gescheitert, und zwar in dem Augenblick, wo eine Einigung endlich erzielt wurde: sie sind gescheitert an — Brasilien! Das ist das größte Ergebnis, das jetzt vorliegt. Man sagt sich an den Kopf: Denn selbst jene, die seit Tagen auf diese Möglichkeit hingewiesen haben, vermögen dieses Resultat nicht zu erfassen und fassen sich noch immer gegen den Gedanken, daß es endgültig sein kann.“

„Tägliche Rundschau“: „Das Veto Brasiliens gegen die Aufnahme Deutschlands wäre die unmittelbare Ursache für den schließlichen Mißerfolg der Genfer Tagung, die eigentliche Ursache aber wäre die französisch-polnische Politik. Sie wurde von dem englischen Außenminister Chamberlain mit einem Eifer unterstützt, der wahrlich einer besseren Sache würdig gewesen wäre, und das Zusammenwirken Chamberlains mit Briand zur Verwirrung und Verbunkelung einer klaren Sachlage war es, was die Ansprüche von einem halben Dutzend von Völkern auf ständige oder nichtständige Mitgliedschaft hervorgerufen, was den Antrag zur Durchsetzung dieser Ansprüche Tür und Tor geöffnet hat.“

„Berliner Tageblatt“: „Brasilien, sonst sehr weit westlich gelegen, wurde plötzlich zum Mittelpunkt der Welt. Die europäischen Großmächte und der Großstaat Mexiko redete ihm gut zu. Diese beiden Erdteile liegen ihn kalt. Würde ihm vielleicht Amerika einen stärkeren Eindruck machen? Gestern vormittag wandten sich die südamerikanischen Freistaaten gegen den Erpressungsversuch ihres portugiesisch-sprechenden Bruders. Sie schickten ein Telegramm nach Rio de Janeiro an den Präsidenten der Republik. Man wartete heute in Genf auf die Antwort aus dem Lande des Amazonasstroms. Sie kam nicht. Es wurde erzählt, der Präsident sei in den Bergen, bis zu denen der Telegrafendraht nicht reicht. Andere meinten, die Antwort sei schon da und ruhe wohlverwahrt in einem Schreibtisch der brasilianischen Delegation. Jedenfalls wurde sie nicht produziert. Was war zu tun? Sollten die 47 anderen Staaten des Bundes und Deutschland etwa zwei bis drei Tage warten, bis man den unauffindbaren Präsidenten erreicht und das brasilianische Kavalierskompliment hätte? Um dann vielleicht ein Nein aus dem Munde des stolzen Professors von Bello Horizonte entgegenzunehmen? Man konnte natürlich dieses beschämende Schauspiel der Welt nicht bieten, und nicht die Bundesversammlung und nicht Deutschland hätten sich dies gefallen lassen. So blieb nur die Vertagung bis zum Herbst, damit dann in der Zwischenzeit das Strafverfahren gegen den Erpresser eingeleitet und sein Widerstand beseitigt wird.“

„Bolschische Zeitung“: „Die Wendung, welche die Dinge in Genf genommen haben, bedeutet eine ganz schwere Enttäuschung. Daß diese Enttäuschung in England und Frankreich ja vielleicht

Die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg meldet:

Vor der Strafkammer bei dem Kreisgericht in Znoworod stand Donnerstag Herr Walter v. Schent, Besitzer von Kamewitschin (Kamewitschin) unter der Anklage der intellektuellen Urkundenfälschung. Die umfangreiche Anklageschrift behauptete, Herr v. Schent habe im Jahre 1922 die Seelenliste seines Gutsbezirks dahin gefälscht, daß er die Enttragung, er sei am 25. Mai 1891 von Lüben nach Kamewitschin zugezogen, durch seine Angabe veranlaßt habe, während er in Wirklichkeit erst im Jahre 1911 zugezogen sei. Er habe dies getan, um damit die polnische Staatsangehörigkeit, die ihm nicht zustiehe, zu erlangen und dadurch die Liquidation seines Gutes, die im Jahre 1922 angeordnet worden war, zu vereiteln. Er habe die Fälschung also begangen, um sich einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen.

Die Anklage gegen Herrn v. Schent entsprach also völlig der Anklage gegen den Vorsitzenden der Deutschen Vereinigung im Warschauer Sejm und Senat, Landrat a. N. Raumann, die genau vor einem Jahre von dem gleichen Staatsanwalt vertreten wurde und zum Freispruch führte. Dieser Raumann-Prozess hatte damals in der ganzen Welt Aufsehen erregt; so kam es besonders überraschend, daß die Prokuratur sich nochmals für die gleiche Debutaktion in einem analogen Falle erwar-men konnte.

Die Verhandlung in Znoworod, zu der etwa 20 Zeugen geladen waren, begann um 9½ Uhr unter dem Vorsitz des Kreisrichters Gawojla. Die Anklage wurde vom Staatsanwalt Pawlowski aus Bromberg vertreten, der Angeklagte von Rechtsanwalt Spitzer aus Bromberg verteidigt. Beim Aufruf der Zeugen stellte es sich heraus, daß drei vom Angeklagten benannte Zeugen, die befunden sollten, daß er bereits im Jahre 1891 zugezogen sei, nicht erschienen waren. Der Verteidiger beantragte darauf Vertagung. Das Gericht beschloß aber, über den Antrag erst nach Erledigung des vorliegenden Beweismaterials zu entscheiden. Die darauf durchgeführte Beweisaufnahme, die bis gegen 7 Uhr abends dauerte, ergab folgenden Tatbestand:

Zu Beginn des Jahres 1922 erfuhr der Angeklagte, daß sein Gut auf die Liquidationsliste gesetzt worden sei. Er erhob dagegen sofort Einspruch, stellte auch gleichzeitig an den zuständigen Starosten Antrag auf Anerkennung seiner polnischen Staatsangehörigkeit. Im Oktober 1922 erhielt er auf diesen Antrag hin eine Urkunde mit der Feststellung seiner polnischen Staatsangehörigkeit. Die Liquidation schien damit erledigt. Zu Anfang 1924 wurde die Urkunde jedoch von der Wojewodschaft zu Polen für ungültig erklärt, da sie auf irrtümlichen Voraussetzungen beruhe. Gleichzeitig wurde ein Zwangsverwalter vom Liquidationsamt eingesetzt. Gegen die Liquidation war inzwischen die Klage an das Oberste Verwaltungsgericht in Warschau eingereicht worden. Dieses entschied am 4. Februar 1928, daß die Liquidation wegen mangelhaften Verfahrens aufzuheben sei. Die Mangelhaftigkeit wurde darin erklärt, daß das Liquidationsamt über die Staatsangehörigkeit des Angeklagten entschieden habe, während es die Entscheidung der zuständigen Instanzen hätte abwarten müssen. Sofort nach diesem Urteil wurde die Zwangsverwaltung aufgehoben, so daß der Angeklagte heute endlich wieder im Besitze seines Gutes ist. Das Verfahren über die Staatsangehörigkeit schwebt vor dem Obersten Verwaltungsgericht in Warschau.

Im Herbst 1922 erhielt der Distriktskommissar in Argonan (Gniwotowo) von der Staroste den Auftrag, die Seelenlisten seines Bezirkes zu revidieren und zu vervollständigen, da festgestellt worden, daß die Seelenlisten vielfach sehr unvollständig geführt seien. Der Kommissar — der dies als Zeuge ausfragte — bereitete daraufhin seine Gemeinden und erließ auch gerade am 2. und 3. März des Jahres 1922 bei dem Angeklagten. Aus einem zufälligen Anlaß begleitete ihn der Direktor der Krankenkasse von Argonan (Gniwotowo), Marzewski. Der Kommissar fragte, ob die Seelenliste in Ordnung sei, und da der Angeklagte darauf keine Auskunft geben konnte, da er persönlich die Liste nicht führte, ließ man dieselbe von dem Brennereibewalter Odonowski holen, dem die Führung der Liste anvertraut war. Es stellte sich heraus, daß auf der linken Seite des Buches die Personalien der Angeklagten enthalten waren. Die Akribien auf der rechten Seite betr. Zugang waren dagegen nicht ausgefüllt. Der Kommissar fragte darauf den Angeklagten, wann er zugezogen sei, und ließ daraufhin gemäß diesen Angaben durch den mitbewesenden Marzewski, da er selbst wegen einer Handverletzung nicht schreiben konnte, eintragen: „zugezogen am 25. 5. 1891 von Lüben, Kreis Lüben“ und (unter Bemerkungen) „als Ganzinvalid vom Militär entlassen“. Als

in den meisten Staaten der Welt gleich groß sein wird wie in Deutschland, ist für uns Deutsche ein schwacher Trost. Namentlich die eifrigen Freunde des Völkerbundes werden von tiefer Trauer erfüllt sein über diese Diskreditierung der Institution. Sie hat seit ihrem Bestehen schon manche Krise durchgemacht, aber diese war die härteste, und ihr hat sie nicht standgehalten und ist mit einer Minderung an Ansehen aus ihr hervorgegangen, die in Jahren nicht wieder gutzumachen sein wird.

„Der Tag“: „Es hat sich nun gezeigt, daß diejenige deutsche Politik, die den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ablehnte, die richtige war. Man kann nicht anders, als mit Worten bittersten Hohns sich über diese Vorgänge äußern. Wenn wir uns niemals nach Genf begeben hätten, so wäre uns diese Karreille erspart geblieben. Wir tragen nicht die Schuld. Es müßte schon eine große internationale Verlogenheit dazu gehören, um zu behaupten, daß an deutschen Widerständen die Einigung gescheitert wäre. Im Gegenteil, wir sind ja mit unseren Zugeständnissen schon recht weit gegangen. Im Grunde können wir wohl sein, daß wir nun nicht mit Polen zusammen in den Rat des Völkerbundes hineingehen. Diese Lösung, die keine Lösung ist, erscheint uns vorteilhafter als das Zusammensein mit Polen in diesem Rat, der sich heute so unheilbar blamiert hat.“

„Deutsche Tageszeitung“: „Wo sind die Drahtzieher? Einen Fingerzeig gibt die Bemerkung des Grafen Strzaski: er sei mit der Vertagung bis September zufrieden; so werde Polen gleichzeitig mit Deutschland in den Rat einziehen; es sei zu früh, um durch eine Hinterzettelung einzutreten. Ein neues Licht auf diese Frage wirft auch die Anweisung an die italienische Presse, bei Strafe des Verbots der Zeitung nichts gegen Brasilien zu schreiben. Und Briand? Wir erinnern an Aloyz Georges Artikel über die „Tiefen in seinem Charakter“. Er mag diese Gewalttätigkeit vielleicht nicht gewünscht haben, und der Geister, die er rief, waren vielleicht zulezt stärker als er. Aber er ist doch der Hauptbündige an der Riesenintrige, die schließlich die Völkerbundversammlung gesprengt hat. Die deutsche Delegation hat schließlich noch Glück gehabt. Neben guten Momenten hat sie bedauerliche Fehler gemacht. Vielleicht werden diese, die sich schon in schwerwiegenden Zugeständnissen von deutscher Seite ausgewirkt hatten, uns auch noch später belästigen. Aber der Bruch selbst ist nicht von uns verschuldet. Vermutlich war von Anfang an auf der Gegenseite der Wille vorhanden, die Tagung auf jeden Fall zu sprengen, wenn man nicht Deutschlands Eintritt zum Bund in einer ganz bestimmten Weise ausbalancieren und für sich ausnützen konnte. Möglicherweise hat aber die lange Dauer der Verhandlungen diesen Plan erst voll zur Reife gebracht.“

der Brennereibewalter die Liste zurückerhielt, machte er von der Enttragung dem Liquidationsamt Mitteilung (1). Diese Behörde bewirkte daraufhin die Erhebung der Anklage, da sie nach ihren eigenen Feststellungen annehmen zu müssen glaubte, der Angeklagte sei erst im Jahre 1911 nach Kamewitschin (Kamewitschin) gezogen. Die Beweisaufnahme ergab in dieser Hinsicht folgendes Bild:

Der Vater des Angeklagten, der Generalleutnant a. D. von Schent, erbt Kamewitschin (Kamewitschin) im Jahre 1887 von seinem Bruder. Herr von Schent wohnte damals in Berlin. Er erhielt diese Wohnung bei, wohnte von nun an jedes Jahr den Sommer über von Mai bis November in Kamewitschin, die übrige Zeit in Berlin. In Kamewitschin befürwortete er sich auch selbst um die Verwaltung des Gutes. Der Angeklagte war im Jahre 1887 aktiver Offizier in Lüben. Hier erlitt er einen Unfall durch Sturz und sah sich infolge dessen genötigt, den Abschied zu nehmen. Im Mai 1891 zog er infolge dessen von Lüben nach Kamewitschin, wo sein Vater bereits weilte. Zwei Pferde und einige Möbel brachte er mit. In Kamewitschin hielt er sich bis Juli des Jahres auf und begab sich dann in ein Sanatorium. In den folgenden Jahren hielt sich der Angeklagte den Sommer über in Kamewitschin auf, die übrige Zeit brachte er teils mit Studium auf landwirtschaftlichen Hochschulen, sowie mit der praktischen Erlernung der Landwirtschaft auf anderen Gütern, sowie auch auf Reisen zu. Im Jahre 1911 verstarb sein Vater, worauf er das Gut übernahm, sich verheiratete und von da ab längere Zeit in Kamewitschin (Kamewitschin) Aufenthalt nahm und weniger reiste.

Nach Vernehmung sämtlicher anwesenden Zeugen erließ das Gericht den Vertagungsantrag in ablehnendem Sinne und schloß die Beweisaufnahme ab.

Der Staatsanwalt hielt die Klage aufrecht. Der Angeklagte habe bezweigt, mit den Angaben seine Staatsbürgerrechte zu beweisen. Ihm stehe aber die polnische Staatsbürgerschaft nicht zu. Bis zum Jahre 1911 habe er den Wohnsitz seines Vaters geteilt. Dieser sei aber Berlin gewesen, da er in Kamewitschin nur zum Vergnügen gewohnt habe. Da der Angeklagte erst im Jahre 1911 seinen Wohnsitz in Kamewitschin begründet habe, habe er gemäß Art. 91 des Versailler Vertrages nicht die polnische Staatsangehörigkeit erworben. Seine falsche Angabe habe bezweigt, die Liquidation zu vereiteln, also sich einen Vermögensvorteil zu verschaffen. Unter Publikation mildernder Umstände lautete der Antrag des Staatsanwalts auf drei Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Spitzer-Bromberg, führte zunächst aus, daß die Seelenliste überhaupt keine Urkunde im Sinne des Strafgesetzes sei. Sodann habe der Angeklagte die Enttragung nicht selbst veranlaßt, sondern er sei von der Behörde dazu getrieben worden. An einer etwaigen Fälschung habe er zu jener Zeit nicht das geringste Interesse haben können, da er ja damals die Anerkennung seiner polnischen Staatsangehörigkeit von seinen dort zuständigen polnischen Behörden in der Hand hatte. Daß diese Urkunde zwei Jahre später für ungültig erklärt werden sollte, konnte er wahrhaftig nicht vermuten. Im übrigen habe die Verhandlung erwiesen, daß sowohl der Vater des Angeklagten wie dieser selbst ihren Wohnsitz seit 1887 bzw. 1891 in Kamewitschin genommen hatten. Der Vater habe offensichtlich doppelten Wohnsitz gehabt, der Angeklagte dagegen nur einen Wohnsitz in Kamewitschin, da er sich nur dort regelmäßig jährlich eine längere Zeit aufgehalten habe. Die Angabe, die der Angeklagte zwecks Enttragung in die Seelenliste gemacht habe, sei also wahr. Recht eigenartig berühre endlich die Behauptung der Anklage, der Angeklagte habe sich durch Verhinderung der Liquidation einen Vermögensvorteil verschaffen wollen. Das Liquidationsamt vertrete doch sonst immer den Standpunkt, daß der Liquidant vorzugsweise voll entschädigt werde, also keinen materiellen Nachteil erleide. Wie die Beweisaufnahme einwandfrei festgestellt habe, träfen also sämtliche Voraussetzungen der Anklage nicht zu. Der Verteidiger beantragte mithin die Freisprechung seines Mandanten.

Am 1/9 Uhr abends verkündete der Vorsitzende das Urteil, das auf Freispruch lautete. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß die Hauptverhandlung keinen Inhalt dafür ergeben habe, daß die Angabe des Angeklagten, er wäre im Mai 1891 von Lüben nach Kamewitschin zugezogen, unwahr sei; diese Behauptung des Angeklagten sei vielmehr bestätigt worden. Es sei auch schließlich von vornherein wahrheitsfalsch, daß jemand dort seinen Wohnsitz nehme, wo er ein Schloss besitze und wo ihn eine Lebensaufgabe, die Verwaltung eines großen Gutes, erzwinge.

Die Zusage Brasiliens.

Ein gebrochenes Versprechen.

Brasilien hat, wie alle anderen Mitglieder des Völkerbundesrats, seinerzeit die Klumfrage bejahend beantwortet. Diese Antwort, die seinerzeit nicht veröffentlicht wurde, teilt heute der „Vorwärts“ mit. Ihre Nebenarten wirken angefaßt der Haltung Brasiliens in Genf doppelt peinlich. Die Note lautet: „Wir haben mit der größten Aufmerksamkeit die Denkschrift der deutschen Gesandtschaft vom 20. September und die beiden Schriftstücke, welche der angeführten Denkschrift beigegeben haben, gelesen.“

Die Wichtigkeit, die die brasilianische Regierung dem Völkerbund beilegt, kam deutlich zum Ausdruck in der Schaffung einer ständigen Spezialdelegation in Genf, dem Sitz des umfangreichen internationalen Apparates, welcher durch den Vertrag von Versailles geschaffen worden ist.

Geben dem Geiste und dem Buchstaben dieses Vertrages, dessen Mitzeichner wir sind, verfolgen wir mit der größten Sympathie die fortschreitende Entwicklung der verschiedenen Organe, die seitdem dort dauernd geschaffen werden, um endgültig den Frieden zwischen allen Völkern zu sichern. Unsere Teilnahme an den Arbeiten des Völkerbundes befindet von unserer Seite klar den brennenden Wunsch, den wir hegen, in höherem Sinne an der Verwirklichung der edlen Ideale der Menschheit mitzuwirken.

Wir konnten deswegen nicht gleichgültig die Bestrebungen der Nationen betrachten, die in den Völkerbund eintreten und mit ihm an seinen Zielen mitarbeiten wollen. Wir würden sogar unserer Zugehörigkeit zum Völkerbund keine Ehre antun, wenn wir den selbstständigen Gedanken hätten, einzig und allein unsere Interessen als souveräner Staat und als Mitglied der amerikanischen Familie wahrzunehmen.

Außerdem wäre es eine Lüge unsererseits gegenüber dem brasilianischen Nationalempfinden, das sich heute vollkommen mit dem erhabenen Ziele des Völkerbundes deckt, wenn wir uns weigern würden, an der endgültigen Grundlegung zu einem Frieden durch Gerechtigkeit in Europa mitzuarbeiten.

Dieses ist der Geist, der uns immer zu leiten hat, sei es in den Völkerbundversammlungen, sei es im Schoße der Spezialkommissionen oder bei den Arbeiten des Völkerbundsrats, dem anzugehören, wir ebenfalls die Ehre haben.

Die brasilianische Regierung ist jedoch der Ansicht, daß die Fragen, welche in den von Deutschland ausgesprochenen Wünschen zusammengefaßt sind, zu denen gehören, die nicht von Regierung zu Regierung verhandelt werden sollen, sondern vorzugsweise von den Mitgliedern des Völkerbundes und in ihrem Schoße auszuhandeln und im ganzen erörtert werden müssen, damit die verschiedenen Seiten der genannten Fragen und die



Am 17. d. Mts. verschied nach schwerem Leiden

Herr Rittergutsbesitzer

Graf Edmund Żółtowski

Myszkowo

der letzte von den Mitbegründern unserer Fabrik.

Durch über 20 Jahre hat der Verstorbene als Aufsichtsratsmitglied und Geschäftsführer regen Anteil an der erfolgreichen Entwicklung unseres Unternehmens genommen und sich als treuer und pflichtbewußter Mitarbeiter große Verdienste erworben.

Durch seinen vornehmen Charakter und sein stets liebenswürdiges Wesen erfreute er sich in allen Kreisen der größten Wertschätzung und Verehrung.

Ehre seinem Andenken!

Der Aufsichtsrat und der Vorstand der Cukrownia Szamotulska

(Zuckerfabrik Samter)

Tow. z ogr. por.

Szamotuły, den 18. März 1926.

Am 10. März entschlief sanft nach schwerem Leiden mein innigstgeliebter Mann, unser lieber Vater und Großvater,

Major a. D.

Hugo von Langendorff

Rechtsritter des Johanniterordens, Ritter pp.

Herr auf Rawitsch und Sadern

im 79. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Malwine von Langendorff

z. St. Charlottenburg (Ehbelstr. 6), März 1926.

Der Tag der Beisetzung in Rawoza (Rawitsch) wird noch bekannt gegeben.

Am 17. März verstarb nach fast halbjährigem, festem Krankenlager in seinem 45. Lebensjahre

Dr. Franz Ginschmer,

Arzt in Lobzenica (Coblenz).

Für die Hinterbliebenen:

Frau Christliebe Ginschmer,
geb. Boethell.

Lobzenica, den 17. März 1926.

Beerdigung Montag, den 22. März, 3 Uhr nachm. vom Trauerhause.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Hinsange unseres lieben Entschlafenen, des

Malermeisters

Wilhelm Petersen

sprechen wir unseren innigsten Dank aus.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Heute verschied plötzlich infolge Herzschlags unser lieber Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater, der

Landwirt

Rudolf Pohl

aus Łęczec

im vollendeten 73. Lebensjahre.

Łęczec, den 18. März 1926.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Dom. Białokosz,

p. Nojewo, Bahnstationen Pniewy u. Kikowo,
hat abzugeben:

Original Klein Spiegeler Silesia von W.I.R.
Kl. Spiegeler Wohltmann l. Ab- an-
P.S.G. Blücher II. Absaat. saad) erkannt,

Die Kartoffeln sind restlos auf gesundem, leichtem, die Blücher auf leichtestem Boden gewachsen. Des ferneren sind abzugeben:

ca. 200 Ztr. Gelbstern-Hafer, II. Absaat.

Gut,

250 Morgen groß, Boden in bester Kultur, im Süden der Prov. Posen gelegen, vom 1. Juli d. J. ab

zu verpachten.

Beschreibungen unter 720 an die Geschäftsst. dieses Blattes

Rasiermesser,
Taschenmesser,
Küchenmesser,
Tischbesteck,
Scheren,
Haarschneidemaschinen
Bartmaschinen
bis 1/10 mm schneidend
Rasierapparate
Rasierfliegen

in großer Auswahl sowie sämtl. Rasierutensilien und Stahlwaren nur in Ia Qualitäten empfiehlt zu billigsten Preisen

Ed. Karge,

Stahlwaren-Lager,
Schleifanstalt m. elektr. Betr.
Poznań, ul. Nowa 7/8
(Neuestr. 7/8 gegenüber
der Diskonto-Gesellschaft)

Jagd zu verpachten,

4000 Morgen, guter Rehwildstand, Wasser landwirtschaftlich sehr schon 60 km Autoweg von Poznań.
Näheres unter 721 bei der Geschäftsst. d. Bl. zu erfr.

Ziegelmeister

mit langjähriger Praxis, guten Zeugnissen und Referenz, der m. sämtlichen Maschinen reichend weiß, sucht Stellung v. 1. April.
Teodor Górski, Janowiec (Ziegelei).

Bilanz der Bank Polski.

Aktiva.	10. 3. 26	28. 2. 26
Gold in Barren und Münzen . . .	56 510 097.54	56 461 210.27
Gold in Barren u. Münzen im Ausland	77 487 909.12	77 487 909.12
Valuten, Devisen usw.	55 876 333.16	59 939 760.05
Silber und Scheidemünzen . . .	568 986.7	302 577.91
Wechsel	290 115 54.32	294 146 361.13
Anleihen (durch Zinspapiere gedeckt)	2 813 669.74	29 014 009.80
Reportvorschüsse	18 794 117.20	21 801 472.20
Kurzfristige, diskontierte Papiere	21 230 685.—	22 256 635.—
Zinslose Kredite an den Staat . .	50 000 000.—	50 000 000.—
Mobilien und Immobilien	33 311 703.54	33 311 703.54
Andere Aktiva	23 822 777.2	20 921 805.15
	653 531 8.021	655 703 438.67
Passiva.		
Grundkapital	100 000 000.—	100 000 000.—
Reservefonds	2 907 870.—	1 340 477.88
Banknotenumlauf	366 734 890.—	376 892 890.—
Girorechnungen u. and. sofort fällige		
Verpflichtungen:		
Staatskasse	4 159 998.45	42 717.—
Girorechnungen	52 041 236.77	58 493 652.—
Verschiedene	43 096 719.44	29 441 839.98
Zahlungsverpflichtungen in Valuten	41 874 531.46	41 840 362.13
Reportverpflichtungen	18 843 314.0	21 850 888.20
Andere Passiva	23 510 179.39	35 797 617.61
	653 531 82.21	655 703 438.67

Der vorstehende Ausweis bringt gegenüber dem Ausweis vom 28. Februar auf verschiedenen Konten wesentliche Differenzen, die aber währungspolitisch keine Veränderung der niederdrückenden Lage bedeuten. Der Devisenbestand hat um 4.2 Mill. abgenommen, die Zahlungsverpflichtungen in Valuten und die Reportverpflichtungen aber zusammen nur um 30 Mill., so daß das Minus des Devisenstatus wiederum auf 4.84 Millionen (3.69 Mill.) gestiegen ist. Der Wechselbestand nahm um 4.3 Millionen, der Notenumlauf um 10.16 Millionen ab ein Zeichen, wie aus währungspolitischen Gründen unser Geldmarkt immer mehr versteift wird. Die Giroeinzahlungen haben sich um 6.09 Millionen und andere, nicht besonders genannte Einlagen um 13.65 Millionen vermindert. Die Golddeckung des Notenumlaufes beträgt nach unserer Berechnung 16.4 Prozent (15.0 Prozent), die Deckung durch Gold und Valuten 14.1 Prozent (14.0 Prozent). Amtlich wird die Golddeckung für Ultimo Februar mit 36.68 Prozent angegeben. Hierbei ist der im Ausland befindliche Goldbetrag zur Berechnung mit herangezogen worden, was keineswegs zulässig ist — wie wir wiederholt erwähnt haben —, da diese Summe wahrscheinlich restlos verpfändet ist.

Die polnischen Zuckerpreise sind vom Warschauer Finanzministerium nach genauer Prüfung der Produktionsverhältnisse auf 80 Zloty je 100 kg weißen Kristallzucker mit einem Zuschlag von 2 Zloty für Verpackungsmaterial festgesetzt worden. Der Verband der polnischen Zuckerindustriellen, der ursprünglich den seit dem 6. Februar geltenden Preis von 83 Zloty mindestens aufrecht erhalten wollte, hat sich vorläufig einverstanden erklärt, aber den Minister gleichzeitig darauf hingewiesen, daß aus dieser Preisfestsetzung der Zuckerindustrie angesichts ihrer allgemeinen schwierigen Lage große Verluste entstehen müßten. — Die seit längerer Zeit mit der British Overseas Bank geführten Verhandlungen zur Finanzierung des polnischen Zuckerexports haben zur Zusage weiterer Kredite geführt. Die bisher gewährten Kredite belaufen sich auf über 3 Millionen Pfund Sterling, wovon die Hälfte auf den Warschauer und den Posener Verband entfallen.

Über die Verteilung der Kontingente des polnischen Eisensyndikats an die einzelnen Eisenhütten in den verschiedenen Teilen Polens erfahren wir noch folgende Einzelheiten: An Halbfabrikaten entfallen auf die oberschlesischen Hütten 99%, auf die altpolnischen 1%, Universaleisen 47.81 bzw. 52.19%, gewalzter Draht 24.83 bzw. 75.17%, Eisenbahnschienen 66.66 bzw. 33.34%, Kleinereisenzeug 67.30 bzw. 32.70%, Schienenunterlagen 95.10 bzw. 4.90%, schmalspurige Schienen mit Kleinereisenzeug 46.92 bzw. 53.08%, dickes Blech 83.87 bzw. 16.13%, dünnes Blech 82.89 bzw. 17.11%, Räder und Teile 63.23 bzw. 36.77%, geschmiedete Teile 56.28 bzw. 43.72%.

Die Kontingente der einzelnen Hütten für 1) Schienen für schmalspurige Eisenbahnen mit Kleinereisenzeug, 2) dickes Blech, 3) dünnes Blech, 4) Räder und Teile, 5) geschmiedete Teile betragen:

	1	2	3	4	5
Königs- u. Laurahütte 14.80	24.91	5.80	33.18	28.14	
Bismarckhütte	24.91	29.42			
Friedrichshütte	19.37	33.20	28.60	30.05	28.14
Kattowitz A.-G.	6.55				
Balldonhütte	5.70	0.85	6.63		
Silviahütte			12.44		
Huta Bankowa	9.00	16.13	14.33	22.27	23.36
Ostrowiec	5.80			14.50	20.36
Modrzew	19.26		2.78		
Huta Mankie	19.02				

Die Interessen der Huta Bankowa sind, wie die „Agencia Wschodnia“ betont, voll und ganz berücksichtigt worden. Sie hat im Verhältnis zu ihrer tatsächlichen Produktivität und ihren technischen Einrichtungen in allen Teilen ein sehr hohes Kontingent erhalten.

Die polnische Tabakmonopolanstalt ist, wie die „Warschauer Echo“ berichtet, in die Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung und dem amerikanischen Konsortium nunmehr abgeschlossen. Der Vertreter der amerikanischen Bankengruppen Mr. Fisher wird in wenigen Tagen in Warschau erwartet zwecks Abschlusses der Tabakanleihe.

Die polnisch-tschechischen Handelsvertragsverhandlungen sind entgegen den noch vor mehreren Wochen geäußerten Erwartungen der polnischen Presse, die wir schon seinerzeit als viel zu optimistisch gekennzeichnet haben, in ihrem weiteren Verlauf auf derartige Schwierigkeiten gestoßen, daß man — wie wir erfahren — ernsthaft mit einer abermaligen Vertagung rechnet. Ein wesentlicher Streitpunkt ist immer noch die Frage der Einfuhr polnischer Naphthaprodukte, worin die Tschechoslowakei kein weiteres Entgegenkommen bezeigen will, da sie begrifflicherweise durch die rigorosen Maßnahmen zur Abrosselung des allgemeinen Warenimports nach Polen sehr vergrößert ist. Wie es heißt, verlangt die Tschechoslowakei nicht nur die Denaturierung von Benzin, sondern auch von Öl und Petroleum bei der Einfuhr. Jedenfalls sind die Bedingungen für Polen jetzt viel schärfer, als wie sie im vorigen Jahre hinsichtlich der Naphthaprodukte gestellt wurden.

Die kosmetische und Parfümindustrie Polens befindet sich in einer kritischen Lage, die seit dem ersten Zlotysturz datiert. Die Konkurrenz der Fabriken untereinander und die allgemeine Wirtschaftskrise haben sehr ungünstige Verkaufsbedingungen geschaffen. Man suchte eine Verständigung der Fabriken herbeizuführen und hat sogar ein Syndikat gegründet, das sich aber nicht behaupten konnte. Die größte Gefahr droht für diesen Industriezweig hauptsächlich von der ausländischen Industrie, besonders Frankreichs. Die Einfuhr betrug im Jahre 1925 zirka 50 Prozent der inländischen Produktion, deren Wert, sich auf 12 Mill. Zloty belief. So wurden an Parfüms und kosmetischen Artikeln für 3 Mill. Zloty, an Seife für 2.8 Mill. Zloty eingeführt. Im Vergleich zum Jahre 1924 ist die Einfuhr im vorigen Jahre um die Hälfte zurückgegangen. Dies geschah aber nur wegen der geringen Kaufkraft der Konsumenten. Ganz besonders schädigend für die polnische Industrie ist der niedrige Zoll für französische Parfüms und kosmetische Artikel, der nur 4 Prozent vom Werte der Ware beträgt. Da die polnische Industrie gegen die ausländische Konkurrenz nicht anzukämpfen vermag, beschränkt sie sich zum größten Teil auf die Herstellung

von Toiletenseifen und wohlriechenden Wassern. Von großem Nachteil für die polnische Parfümindustrie ist ferner die Errichtung von Filialen ausländischer Fabriken im Inlande, die ihre Erzeugnisse hier herstellen, diese aber mit Etiketten der ausländischen Firma versehen. In Polen sind gegenwärtig außer den Filialen der ausländischen Fabriken 14 Fabriken tätig, und zwar 7 in Warschau, 3 in Posen, 2 in Lemberg, 1 in Krakau und 1 in Stargard.

Die Frage der Einfuhr von Rohtabak nach Danzig. Wie die „Hart. Ztg.“ meldet, haben zwischen der Danziger und der polnischen Regierung aus Anlaß der zurzeit schwebenden Verhandlungen über Monopolforderungen auch Besprechungen über die zollmäßige Einfuhr von Rohtabak für den Verbrauch der Stadt Danzig bis zur Einführung eines Monopols stattgefunden. Als vorläufiges Ergebnis dieser Besprechungen kann festgestellt werden, daß die polnische Regierung sich geneigt zeigt, Anträge der Danziger Industrie auf zollmäßige Einfuhr von Rohtabak zu genehmigen, sofern sich diese Anträge in einer angemessenen Höhe halten.

Die Aufwertung von Pfandbriefen der Bankinstitute in Kleinpolen. Nach der polnischen Valorisierungsgesetzgebung haben jene Unternehmungen, die vor der Entwertung Obligationen ausgegeben haben, einen Valorisierungsplan auszuarbeiten, der der Genehmigung des Finanzministers unterliegt. Dieser hat kürzlich den von der Bodenkreditgesellschaft (Towarzystwo Kredytowe Ziemskie) in Lemberg vorgelegten Plan genehmigt. Hiernach beginnt Ende März bei diesem Institut der Umtausch der vor dem Kriege emittierten 4% und 4½%igen Pfandbriefe in Zlotypfandbriefe nach der Relation 50 Zloty für 1000 alte Kronen nominal. Die Valorisierungsentwürfe folgender Bankinstitute sind noch nicht genehmigt: Landesbank (Bank Krajowy); Umtausch der 4½%igen Pfandbriefe für 100 Kronen nominal 8.89 Zloty; Kommunalobligationen der Landesbank — für 100 Kronen nominal 16.87 Zloty; die Aktien-Hypothekenbank beabsichtigt ihre Pfandbriefe mit 15% zu valorisieren, die Bodenkreditbank in Lemberg mit 5½–6%.

Das Steuerminderungsprogramm in Deutschland. (W. K.) Das vom deutschen Finanzministerium ausgearbeitete Steuerminderungsprogramm sieht hauptsächlich folgende Maßnahmen vor: Die Umsatzsteuer soll von 1% auf 0.6% herabgesetzt, die Luxusumsatzsteuer von 7½% abgeschafft werden. Für wirtschaftlich notwendige Betriebszusammenschlüsse, die in Form einer Fusion oder einer Kapitalerhöhung vorgenommen werden, sind steuerliche Erleichterungen vorgesehen, so die Ermäßigung der Gesellschaftsteuer auf 1%, der Grunderwerbsteuer im Falle der Einbringung von Grundstücken auf 1½%. Unter Umständen kann eine Pauschalbesteuerung festgesetzt werden. Für die Einkommen- und Körperschaftsteuer sind Erleichterungen hinsichtlich der Vorauszahlungen vorgesehen. Die Vermögenssteuer für das Jahr 1926 wird nicht besonders veranlagt, sondern in der Höhe von 75% des Jahressteuerbetrages für das Kalenderjahr 1925 erhoben. Der Reichsrat hat der Vorlage bereits zugestimmt.

Märkte.

Getreide. Warschau, 18. März. Für 100 kg fr. Verlade-station. Kongr.-Roggen 681 gl 116 f hol 22½–21½, Kongr.-Gerste für Graupen 20½, Seradella nach Probe 19½, Roggenkleie 16–15, Gerstenkleie 14.80. Umsätze mittel, Tendenz ruhig.

Kattowitz, 18. März. Weizen 39–41, Roggen 22½–23.60, Hafer 23½–25, Gerste 23–26. Fr. Empfangsstation: Leinkuchen 40–42, Rapskuchen 27–28, W.-Kleie 18.25 bis 19, R.-Kleie 16½–17½, Auszugsmehl 0.42, W.-Mehl 0.37, 70prozent R.-Mehl 0.20, 65prozent R.-Mehl 0.21 zt für ½ kg. Tendenz unverändert.

Danzig, 18. März. Die Notierungen an der Danziger Börse sind unverändert.

Hamburg, 18. März. Notierungen ausländischer Getreidearten für 100 kg cwt. in hft. Weizen: Manitoba 1 loko 16½, II loko 15.95, III für März 15.45, Rosate 73 kg 13.30, Baruso 76.5 kg 13.80. Der Rest der Notierungen unverändert.

Berlin, 19. März. Getreide- und Ölsaaten für 1000 kg, sonst für 100 kg in Goldmark. Weizen: märk. 255–259, pomm. —, März 270½–273, Mai 271–272, Juni —, Roggen: märk. 157–162, pomm. —, März —, Mai 180–181, 181½, Juli —, Gerste: Sommergerste 166–170, Futter- und Wintergerste 138–152, Hafer: märk. 163–173, westpr. —, März 175, Mai —, Juli —, Mais: Mai 162, Juli 162½, loko Berlin —, Weizenmehl: fr. Berlin 33–36½, Roggenmehl: fr. Berlin 22½–25.00, Weizenkleie: fr. Berl. 10.2–10.4, Roggenkleie: fr. Berl. 9.20–9.40, Raps: —, Leinsaat: —, Viktoriaerbsen: 25.00–31.00, Kleine Speiseerbsen: 23.00–25.00, Futtererbsen: 19.00–21.00, Pe-luschken: 20–21, Ackerbohnen: 20.00–21.00, Wicken: 23.00–25.50, Lupinen: blau 11½–12½, L-upinen: gelb 14.00–14.50, Seradella: neue 26.00–29.00, Rapskuchen: 14.50–14.70, Leinkuchen: 18.40–18.60, Trockenschnittel: 8.50–8.75, Sojaschrot: 18.50 bis 18.60, Torimelasse: 30/70 —, Kartoffel-flocken: 13.70–14.00. Tendenz für Weizen: fest, Roggen: behauptet, Gerste: still, Mais: still.

Chicago, 17. März. Hardwinter Nr. II loko 170, für Mai alt 161½, neu 162½, Juli neu 141½, September neu 135½, Roggen: Nr. II loko 84, für Mai 88½, Juli 89½, September 89½, Mais: gelber Nr. III loko 74½, weißer Nr. III loko 73½, gemischter Nr. IV loko 70, Mai 77½, Juli 80½, September 82½, Hafer: weißer Nr. II loko 41½, für Mai 40½, Juli 41, September 41½, Gerste: Malting loko 58–74, Frachten nach England und dem Kontinent unverändert.

Vieh und Fleisch. Warschau, 18. März. Für 1 kg Lebend-gewicht loko Schlachthof wurde gezahlt: Ochsen I. Güte 0.90, II. 0.85, Kälber I. 1.10, Schweine I. Sorte 1.90, II. Güte 1.85–1.80, III. 1.75–1.70, IV. 1.60–1.65, V. 1.55 zt. Aufgetrieben wurden 1516 Tiere, darunter 319 Kälber, 200 Rinder und der Rest Schweine.

Metallo. Berlin, 18. März. Amtl. Notierungen in deutscher Mark für 1 kg. Elektrolytkupfer sof. Lieferung cwt. Hamburg, Bremen oder Rotterdam (für 100 kg) 134½, Raff.-Kupfer 99–99.3% 1.20–1.21, Standard 1.18–1.19, Orig. Hüttenrohziele im fr. Ver-kehr 0.69–0.70, Remetel-Plattenzink gew. Handelsgröße 0.64½ bis 0.65½, Orig. Hüttenaluminium 98–99% 2.30–2.35, dasselbe in Barren, gewalzt und gez. in Drahtbarren 2.40–2.50, Reinnickel 98–99% 3.40–3.50, Antimon Regulus 1.65–1.70, Silber mind. 0.900 l in Barren 90–91 für 1 kg, Gold im fr. Verkehr 2.79–2.82½ für 1 Gramm, Platin im fr. Verkehr 14.10–14.30 Mk. für 1 Gramm.

Baumwolle. Bremen, 18. März. Amtl. Notierungen in amerikanischen Cts für 1 engl. Pfund (453 Gramm). 1. Ziffer Ver-kauf, 2. Einkauf. Amerik. Baumwolle loko 20.47 für Mai 18.36 bis 18.16, Juli 18.38–18.28, September 18.36–18.22, Oktober 18.19 bis 18.10, Dezember 17.96–17.90, Januar (1927) 17.94–17.88. Tendenz ruhig.

Posener Viehmarkt vom 19. März 1926.

Offizieller Marktbericht der Preisnotierungskommission.

Es wurden aufgetrieben: 95 Rinder, 476 Schweine, 177 Kälber, 147 Schafe, zusammen 891 Stück Tiere.

Man zahlte für 100 Kilogramm Lebendgewicht (Preise loco Viehmarkt Poznań mit Handelskosten): Kälber: beste, gemästete Kälber 116–120, mittelmäßig ge-mästete Kälber und Säuger bester Sorte 106–110, weniger ge-mästete Kälber und gute Säuger 96–100, minderwertige Säuger 84–88.

Schweine: vollfleischige von 120 bis 150 Kilogramm Lebendgewicht 164, vollfleischige von 100 bis 120 Kilogr Lebendgewicht 160, vollfleischige von 80–100 kg Lebend-gewicht 154 fleischige Schweine von mehr als 80 Kilogr Lebendgewicht 148, Sauen und späte Kastrate 126–136.

Marktverlauf: lebhaft.

Posener Börse.

	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
4 Pos. Pfdb. alt	31.00	32.00	Gopiana I.-III.	0.90	—
4 Poz. list. zast. neu	—	—	C. Hartwig I.-VII. . . .	—	—
6 listy zbotowe	5.50	5.50	Hartw. Kant. I.-II. . . .	—	—
			Hurtown. Skór I.-IV. . . .	—	—
8 państw. poz. zi	1.02	1.02	Herzt.-Vikt I.-III. . . .	2.00	2.00
8 dolar. listy	3.50	3.55	Juno I.-III.	—	—
	3.40	3.50	Lubań I.-IV.	55.00	—
	3.45	—	Dr. R. May I.-V.	—	18.50
5 Poz. konwers.	—	—			
10 Poz. kolejowa	—	—	Mr. Tart. Wagn. I.-II. . .	—	—
Bk. Kw. Pot. I.-VIII.	—	1.90	Mlyn Pozn. I.-IV. . . .	—	—
Bk. Przemysł I.-II.	0.60	0.60	Mlyn Ziem. I.-II.	—	—
Bk. Sp. Zar. I.-XI.	4.00	4.00	Łódź I.-III.	—	—
Bk. Ziemian I.-V.	—	—	Pneumatyk I.-IV.	—	—
Arkona I.-V.	—	0.60	Sp. Drzewna I.-VII. . . .	0.22	—
Barckowski I.-VII.	—	0.80	Sp. Stolarska I.-III. . . .	0.25	—
Brow. Krotosz I.-V.	—	—	Star. Fab. Mebl. I.-II. . .	—	—
Brzeski-Auto I.-III.	—	—	Tri I.-III.	—	—
Cegielski I.-IX.	6.50	—	Unja I.-III.	3.20	3.20
Centr. Rolnik. I.-VII.	—	0.50	Wag. Ostrowol I.-IV. . .	—	—
Centr. Skór I.-V.	—	—	Wisla, Bydg. I.-III. . . .	2.00	—
Onkr. Zduny I.-III.	—	—	Wytw. Chem. I.-VI. . . .	0.30	0.30
Deblenka I.-V.	—	—	Zj. Brow. Grodz. I.-IV. . .	—	0.80

Tendenz: unverändert.

Warschauer Börse.

Devisen (Mittelk.)	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
Amsterdam	318.95	320.60	Paris	28.50	28.75
Berlin*)	190.00	190.83	Prag	22.55	23.70
London	38.75	38.92½	Wien	112.15	112.77½
Neuyork	7.95	8.00	Zürich	153.15	154.00
*) über London errechnet.					
Effekten:	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
8% P. P. Konwers.	110½	111	Nobel III. —V.	—	—
5%	34.50	34.50	Lilpop I.—IV.	0.57	0.58
6% Poz. Dolar	76.00	76.00	Modrzew. I.—VII. . . .	2.15	2.25
10% Poz. Kolej. S. I.	125	125	Ostrowieckie I.—VII. . .	4.70	4.70
Bank Polski	51.00	51.00	Starachow. I.—VIII. . .	1.05	1.02
Bank Dysk. I.—VII.	—	5.05	Zieleniewski I.—V. . . .	9.00	—
B. Mandl. W. XI.—XII.	1.45	1.75	Zyrdardow	8.05	8.00
B. Zachodni I.—VI.	—	0.80	Borkowski I.—VIII. . . .	0.37	—
Chodorow I.—VII.	4.00	3.95	Haberbusch i Sch. . . .	—	—
W. T. F. Cukru	2.05	2.10	Majewski	14.50	14.00
Kop. Wegli I.—III.	2.42	2.46			

Tendenz: ruhig.

Danziger Börse.

Devisen:	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
London	25.21	25.205	Berlin	123.321	123.629
Neuyork	—	—	Warschau	64.67	64.83
				64.04	64.21
Noten:					
London	—	25.213	Berlin	123.342	123.729
Neuyork	—	—	Polen	64.92	65.08
				64.17	64.39

Berliner Börse.

Devisen (Geldk.)	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
London	20.395	20.395	Kopenhagen	109.96	109.84
Neuyork	4.195	4.195	Oslo	89.94	89.39
Rio de Janeiro	0.603	0.603	Paris	14.99	15.045
Amsterdam	168.08	168.08	Prag	12.421	12.417
Brüssel	16.98	16.98	Schwiz	80.76	80.735
Danzig	80.88	80.88	Bulgarien	3.047	3.03
Helsingfors	10.55	10.55	Stockholm	112.43	112.38
italen	16.86	16.83	Budapest	5.875	5.875
Jugoslawien	7.38	7.38	Wien	59.17	59.16

(Anfangskurse) * bedeutet ultimo bzw. medio.

Effekten:	19. 3.	18. 3.		19. 3.	18. 3.
Harp. Bgb.	* 101½	* 101½	Görl. Wagg.	26½	28½
Katt. Bgb.	12	11½	Rheinmet.	25½	24
Laurahütte	—	35½	Kabalaum	93½	95
Oschl. Eisenb.	* 41½	* 42	Schulth. Patsonh	149½	147
Oschl. Ind.	* 40	—	Dtsch. Petr.	—	—
Dtsch. Kali	124	119	Hapag	* 149½	—
Farbenindustrie	131½	127½	Dtsch. Bk.	* 127½	* 121
A. E. G.	* 97½	* 92½	Dise. Com.	* 122½	* 121½

Handelsnachrichten.

Produktion und Export der polnischen Naphtharaffinerien 1925. In der offiziellen Wochenschrift „Przemyśl i Handel“ werden soeben die endgültigen Daten aus der Tätigkeit der galizischen Naphtharaffinerien für das 4. Quartal veröffentlicht. Durch Zusammenstellung und Vergleich der früheren Veröffentlichungen kommen wir zu folgenden Ergebnissen für das ganze vergangene Jahr. Die Gesamtproduktion der Raffinerien belief sich auf 647 834 t und ist gegenüber dem Vorjahr (628 530 t) nur um 19 304 t gewachsen. Die stärkste Produktion wurde im 1. Quartal 1925 mit 175 930 t, die schwächste im 2. Quartal mit 140 737 t erreicht. Im einzelnen wurden hergestellt: 96 568 t Benzin, 202 760 t Leuchtöl, 116 515 t Gasöl, 128 337 t Schmieröl, 33 954 t Paraffin, 12 569 t Asphalt, 10 759 t Koks, 1325 t Kerzen, 359 t Vaseline, 1514 t konsistente Schmieröle und 43 174 t Halbpunkte. Am ungünstigsten verteilt sich die Vaselineproduktion auf die einzelnen Quartale, von denen die letzten beiden nur je 26 t aufweisen. Be-

zeichnend für die von uns schon näher geschilderten Schwierigkeiten der Raffinerien, die im Herbst des vergangenen Jahres nicht mal in Stande waren, die gesamte (und gegenüber der Produktionsfähigkeit der Raffinerien doch bekanntlich verhältnismäßig geringe) Rohnaphthaproduktion Galiziens aufzunehmen, ist die starke Verarbeitung von Halbpunkten im letzten Quartal 1925. In einigen Raffinerien verringerten sich auf diese Weise die Vorräte an Halbfabrikaten um 1000 Waggons. Insgesamt waren gegen Ende des Jahres 27 Raffinerien in Betrieb, die noch 5399 Arbeiter beschäftigten. 1924 waren es 34 Werke mit 6506 Arbeitern. Der Gesamtexport polnischer Naphthaerzeugnisse ist gegenüber 1924 um 70 996 t auf 333 994 t gesunken, was in der Hauptsache auf den deutsch-polnischen Zollkrieg zurückzuführen ist. Stand doch Deutschland noch in der 1. Hälfte 1925 mit 62 664 t an der Spitze der Abnehmer polnischer Naphthaprodukte. An seine Stelle ist im 2. Halbjahr die Tschechoslowakei mit 66 709 t getreten.

Der Abschluß der jugoslawischen Nationalbank ist von der vor einigen Tagen stattgefundenen Generalversammlung der Aktionäre

genehmigt worden. Danach wurde der Reingewinn für das Geschäftsjahr 1925 mit 63 154 479,70 Papierdinar festgesetzt. Hiervon entfallen 35 623 126,55 auf den Staat. 23 746 084,37 werden an die Aktionäre verteilt. Aus der Versammlung heraus wurde lebhafter Widerspruch gegen die Kredit- und Devisenpolitik der Notenbank laut. Die Maßnahmen, die nach dem Bericht des Generaldirektors Dr. Novakovic notwendig gewesen sind, um den Dinar zu stabilisieren, d. h. vor einem zu raschen Ansteigen und etwa in späteren Rückschlägen zu bewahren, haben große Opfer gekostet und dem Kreditmarkt naturgemäß bedeutende Summen entzogen. Als der Dinar im Vorjahr in raschem Tempo stieg, hat die Nationalbank für fast 1,6 Milliarden Dinar fremde Zahlungsmittel angekauft, während gleichzeitig die Notenpresse stilllag. Der Diskontsatz der Nationalbank wurde lediglich als fiktiv bezeichnet. Besteht doch zwischen dem offiziellen und dem privaten Leihgeldsatz eine Spanne von 6—8 Prozent. Beanstandet wurde weiter auch die Teilnahme von aktiven Politikern an der Geschäftsführung der Nationalbank.

Haushaltungsschule und Pensionat

Janowitz (Janowiec), Kreis Znin.
Unter Leitung staatlich geprüfter Fachlehrerin.
Gründliche praktische Ausbildung
im Kochen, Kuchen- und Tortenbäckerei,
Einmachen, Schneidern, Weißnähen,
Handarbeiten, Wäschebehandlung,
Glanzplätzen, Hausarbeit.
Daneben theoretischen Unterricht von
staatl. geprüfter Fachlehrerin, auch im Polnischen.
Abschlußzeugnis wird erteilt.
Eigenes schön gelegenes Haus mit groß. Garten.
Beginn des Halbjahrskursus: 8. April 1926.
Pensionspreis einschließlich Schulgeld 85 zł monatl.
Anmeldungen bis 6. April nimmt entgegen die
Schulleiterin Erna Letzring.

Wir suchen gesunde Saatkartoffeln von Sandboden:

1000 Ztr. Parnassia,
500 Ztr. Centifolia.

Gräfl. von Ballestrem'sches Wirtschaftsamt, Rada Śląsk.

Modrows Industrie-Saatkartoffeln

I. Nachbau

(etwas schorrig, sonst gesund)
hat abzugeben

Dominium Golina Wielka (Langgühle)

Post- und Bahnstation Bojanowo.

Von der W. I. R. Poznań und I. R. Toruń anerkannt,
stehen in **ZAMARTE** auf Anbaustationen zur Verfügung:

Original P. S. G. Goldkornhafer
Original P. S. G. Gelbsternhafer
I. Absaat P. S. G. Gelbsternhafer
Original P. S. G. Gambrinusgerate ausverkauft
I. Absaat P. S. G. Gambrinusgerate
Original und I. Absaat K. L. Spiegler's Wohltmann
Original und I. Absaat P. S. G. Blücher
Original und I. Absaat K. L. Sp. Silesia
Original P. S. G. Neue Industrie fast ausverkauft
I. Absaat P. S. G. Neue Industrie ausverkauft
Original und I. Absaat Odenwälder Blaue
Original P. S. G. Alma
Original P. S. G. Müllers Frühe ausverkauft
I. Absaat P. S. G. Müllers Frühe
Original P. S. G. Werder ausverkauft
I. Absaat P. S. G. Werder

Polko-Niemiecka Hodowla Nasion

Deutsch-polnische Saatzuchtgesellschaft

Zamarte

p. Ogorzelnia, pow. Chojnice (Pomorz).
Telegrammadresse: Poulhans-Ogorzelnia.

Wir liefern zu Original-Fabrikpreisen
sofort vom Lager Poznań:

Düngerstreuer,

Original „Westfalia“, mit Feinstreuwagen
zur Kopfdüngung.

Drillmaschinen,

Original „Dehne“, „Epple & Buxbaum“,
„Ventzki“ und andere Systeme.

Hackmaschinen,

Original Hey „Pflanzenhilfe“, Original
„Hexe“, System „Dehne“.

Hackmesser

und zwar als Winkelmesser, Blattmesser,
halbe und ganze A-Messer, kurz- und
langstiellig.

Meisselmesser,

für sämtliche in Frage kommenden Hack-
maschinen, wie „Dehne“, „Sack“, „Pflan-
zenhilfe“, „Hexe“ usw.

Landwirtschaftliche

Zentralgenossenschaft

Maschinenabteilung u. Reparaturwerkstatt.

Zuchtwirtschaft Dobrzyniewo

pow. Wyrzysk, Stat. Osiek,

anerkannt von Wiel. Izba Roln. Poznań als Selektion Dobrzyniewo Staudenansatz
bietet an:

Modell, weißschalig, weißfleischig, stark im Kraut, hochprozentig, sehr
lohnend, sehr haltbar, mittel bis guter Boden, mittelspät reif,
allerbeste Eß- und Fabrikkartoffel. **Siegerin bei allen Versuchen.**
Wohltmann 34, Kartoffel für guten Boden, spät reif.
Parnassia, weißschalig, weißfleischig, sehr lohnend, beste Fabrik-
kartoffel, hochproz. Stärke, mittelspät reif.
Odenwald, blaue, blaurötlich, gelbfleischig, allerbeste sehr lohnende
Eßkartoffel, früh reif.
Industrie, bekannte gelbfleischige, für Belg. sehr gesuchte Eß-
kartoffel, früh reif.
Kaiserkrone, allerfrüheste Eßkartoffel, weißschalig, weißfleischig.

Alle Sorten sind durch sorgfältige Staudenzucht verbessert, auf
hohen Ertrag und Gesundheit gezüchtet. Abgabe handverlesen, soweit
Vorrat. — Wegen starker Nachfrage schnelle Bestellungen erwünscht.

Deckfähiger Jungeber

anerkannter Zucht durch Wiel. Izba Rolnicza Poznań.

Tausche mein Rittergut

1400 Morgen groß, bei Danzig gelegen, mit neuen Gebäuden
und erstklassigem Inventar (Herbuckvieh), gegen ähnliche Land-
wirtschaft und entspr. Zahlung in Polen.

Angebote unt. 715 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Wegen Parzellierung

des Gutes Aufstowo, Kreis Środa, 4 km von
Bahnhstation Środa, findet am 23. März, 10½ Uhr
auf dem Gutshofe eine

AUKTION

des lebenden u. toten Inventars gegen Barzahlung statt.

Es kommen zum Verkauf:

16 Pferde und Fohlen, Dampfdresch-
schiff, fast neue Ackergeräte, sowie Näh-
maschinen, Drille, Göpel u. Göpel-
Breitdreschmaschine, Siede-Ma-
schinen, Kartoffelfortiermaschinen,
Pflüge aller Art, Eggen, Walzen,
Getreide-Windfegen u. Reinigungs-
maschinen, sowie sämtliche Maschinen
der Neuzeit, Acker- u. Aufschwager,
Acker- und Aufschäufelgeräte, Krippen
u. u. u. Futtermittel.

Rote SAAT-LUPINE

1925 vom Züchter Merkel
Lieblich als Original bezogen,
ausserdem einen grösseren Posten

Gelbe SAAT-LUPINE

mit guter Keimfähigkeit
hat abzugeben

Dominium Golina Wielka
(Langgühle)

Kreis Rawicz, Post u. Bahnst. Bojanowo.

Alagen, Beiswerben,
Baltierungen, Steuer- und
Verwaltungssachen usw. Billig!
An Auswärtige auch schriftlich.
(Rechtsbüro) Tel. 3167 Bojan.
Büro Porady Prawnej ul.
Garnarska 9 (Töpfergasse).

Hüte!

Stroh- und Filzhüte für Damen
nimmt z. Umfassender
Anfertigung an die Hutfabrik
LEON SZCZAWIŃSKI,
Poznań, Alja Marszałkowska 6.

Möbel
für jeden
Geschmack
in jedem
Stil
bei sauberster
Ausführung
fertig
W. Gulsche
Grodzisk-Poznań 5
(früher Grätz-Posen).

Ankäufer u. Verkäufer

Filze

von 2—100 mm Stärke,
Filzschleifen für alle erfor-
derlichen Zwecke liefern zu
Fabrikpreisen R. Kuncz i Ska.,
T. z o. p., Poznań, plac
św. Krzyżski 1. Tel.: 2921,
5200, 6236.

Für Sammler!
Zwei Kronungs-Taler
von 1861 umhängebare gegen
Hochpreis abzugeben. Ang.
unter W. L. 727 an die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Unsere Leser
und Freunde
bitten wir, bei Einkäufen
sich auf das
Polener Tageblatt
zu beziehen.

Wohnungen

Möbl. Vorderzimmer
(Stach Rymel) an zwei solide
Herren per 1. 4. 26 zu verm.
Ang. n. 710 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Kaufe jeden Posten

gewaschene u. ungewaschene

Schafwolle

zu höchsten Tagespreisen.

Bitte um bemusterte Offerten mit Preisforderung.

R. KOZŁOWSKI, POZNAŃ,

Tel. 1716. ul. Kantaka 7. Tel. 1716.

Jagdpahtung

von weidgerechtem Jäger (Deutscher) gesucht.
Offerten unt. 722 an die Geschäftsst. d. Blattes.

10 000 Weißerlempflanzen, 2 jähr., vershult,

15 000 Fichtenpflanzen, 2 jähr., unverschult,

hat abzugeben

Bitter, Zolendnice, pow. Rawicz

Suche zu sofort ein

Reitpferd

für schweres Gewicht zu kaufen. Rapierte Pferde und Kappen
kommen nicht in Betracht. Gest. Offerten unter 724 an die
Geschäftsstelle d. Bl. zu richten.

Arbeitsmarkt

Jungen, evangelischen

2. Beamten,

der die polnische Sprache in Wort und Schrift beherrscht, zum
1. 4. 26 gesucht. Meld. mit Lebensl. u. Gehaltsanf. erbeten
Dominium Kawęczyn, poezta Nowe Grable.

Gesucht zum 15. 4. 26 evangel., unverh.

Diener od. Dienermädchen.

Bestere bewandert in Glanzplätzen. Nur solche mit guten
Zeugnissen wollen sich mit Gehaltsanfragen melden.
Fran Ramm, Rittergut Palmierowo, pow. Wyrzysk.

Für sofort oder 1. April

erfahrene Köchin

für Landhaushalt gesucht. **Fran Bardi, geb. v. Hantel-
mann, Luboż, pow. Międzybóże**

Jungen, evangelischer

Schlossergefelle

sucht sofort — in der Stadt
oder auf dem Lande — Stel-
lung. Ang. unt. 723
a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Gebildete polnische Dame,

geprüfte

Lehrerin,

sucht auf dem Lande Stellung
gegen Kost und geringe Ent-
schädigung. Off. unter 718
an die Geschäftsst. d. Blattes.

Alleinstehende Witwe, 45 J.

alt, engl., sucht selbständige
Stellung bei älterem Herrn
oder Dame, nicht weniger auf
Gehalt als a. gute Behandlung
(in Poznań od. Umgeb.). Ang.
u. 717 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Fräulein in mittleren Jahren

sucht Stellung bei alleinstehen-
dem Herrn oder Dame zur
Führung d. Haushaltes deutsch
u. poln. sprechend. im Nähen
erfahren. Ang. unt. 725 a. d.
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellengesuche

Chausseur,
Monteur und Schlosser, bekannt
mit sämtl. landw. Maschinen
und elektr. Beleuchtung, sucht
Stellung zum 1. 4. d. J.,
verheiratet, 34 Jahre alt, mit
kleiner Familie. Gest. Off. u.
713 a. d. Geschäftsst. d. Bl.